Nur wenige wollen wegen des Klimas ihr Verhalten ändern

Posted on 2. Dezember 2021 by Daniela Gschweng

Die meisten Menschen in den wohlhabenden Industrieländern halten die Klimakrise für höchst besorgniserregend und einen Wandel hin zu mehr Klimaschutz für sehr wichtig. Sie beurteilen dabei ihren eigenen Beitrag als überragend, ihre Regierung in Klimadingen als wenig kompetent und möchten an ihren Lebensgewohnheiten wenig bis nichts ändern.



Foto: Jörg Farys/BUND auf Flickr CC BY-NC 2.0

Die Klimakrise ist im öffentlichen Bewusstsein angekommen. Darauf weist eine Umfrage hin, die die Meinungsforschungsgruppe Kantar im September 2021 durchgeführt hat. «Kantar Public» befragte dazu 9000 Erwachsene aus Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Polen, Singapur, Spanien, den USA, Neuseeland und den Niederlanden, je 1000 aus jedem Land.
Mehr als drei Viertel (78 Prozent) halten die Klimakrise demnach für ein «sehr ernstes» Problem und fühlen sich grossmehrheitlich auch lokal davon betroffen. Viel weniger (55 Prozent) geben an, dass sie Auswirkungen

im eigenen Leben spüren. Das ist ein gewisser Widerspruch, aber bei weitem nicht der einzige, den die Umfrage offenlegt.

Klimahelden, überall

62 Prozent der Teilnehmenden sehen die Klimakrise zwar als die wichtigste Herausforderung im Umweltbereich, gefolgt von Luftverschmutzung (39 Prozent), Müll (38 Prozent) und Krankheiten (36 Prozent). Knapp die Hälfte (46 Prozent) sieht aber keinen Anlass, deshalb das eigene Verhalten zu ändern.

Die meisten Befragten sind stattdessen stolz auf ihr eigenes Klima-Engagement. Der eigene Einsatz ist in der Wahrnehmung der meisten auf jeden Fall grösser als der des Nachbarn. Zwei Drittel der Befragten finden, dass sie schon mehr fürs Klima tun als andere Menschen in ihrem Umfeld oder ihre Regierung.

64 Prozent hatten in den sechs Monaten vor der Befragung ihre Bemühungen zur Rettung des Klimas intensiviert, meist im Bereich Recycling oder Müllvermeidung. 36 Prozent beschreiben sich als «sehr engagiert», nur 21 Prozent denken dasselbe von den Medien und 19 Prozent von ihrer lokalen Regierung.

Deutsche trauen ihrer Regierung am wenigsten zu

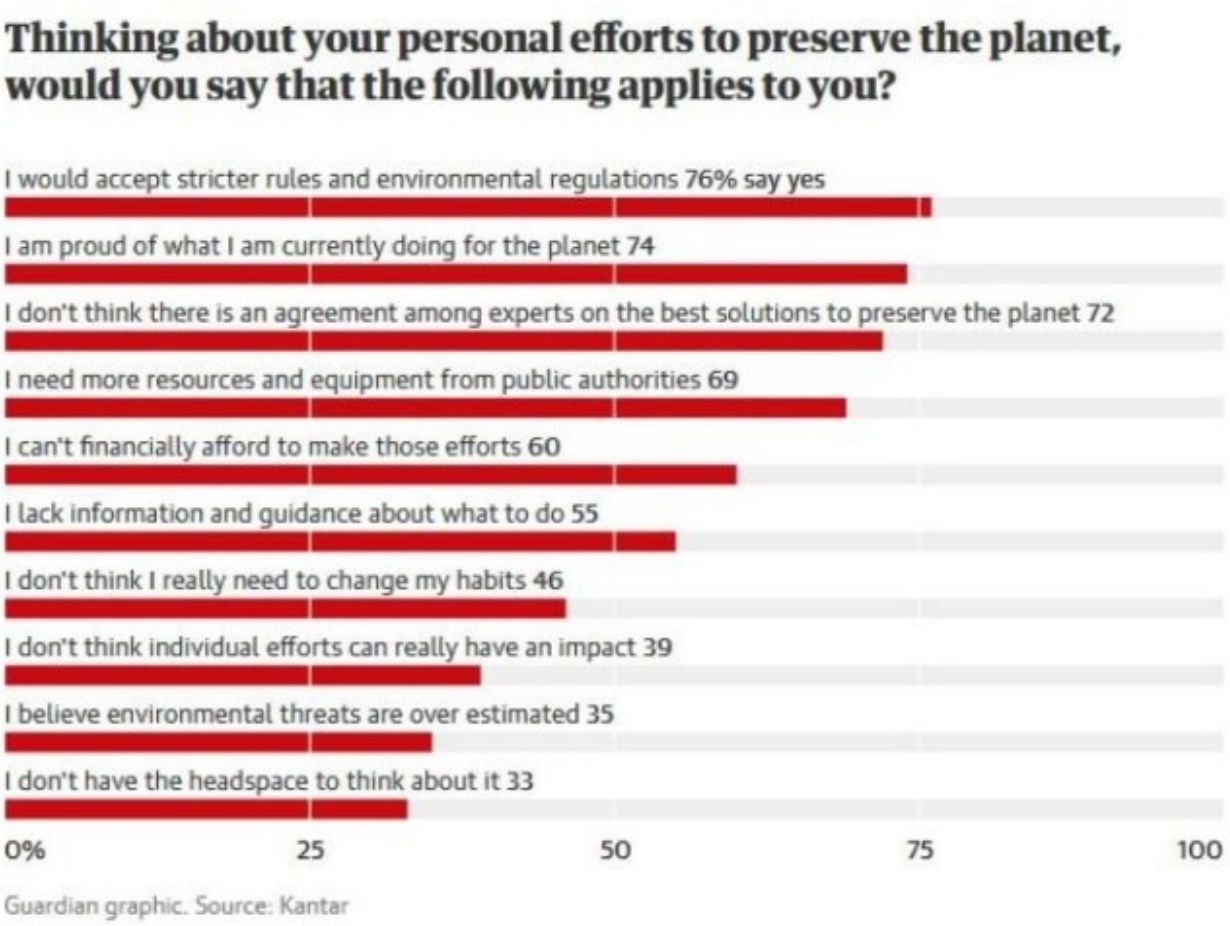
Lediglich 17 Prozent fanden, ihr Umfeld sei genauso engagiert wie sie selbst, 18 Prozent gestanden das ihrer Landesregierung zu und noch 13 Prozent den grossen Unternehmen. Eine Ausnahme sind Singapur und Neuseeland, wo die Befragten ihre Regierung als in Klimadingen sehr aktiv wahrnehmen. Am wenigsten trauten die Befragten den Regierenden in Deutschland zu.

Einschätzung der Befragten zum persönlichen Klimaengagement (hellgrün) und zum Engagement ihrer Regierung nach Land. Gezeigt ist der Anteil derer, die sich oder ihre Regierung auf einer Skala von eins bis zehn mit acht oder höher bewerteten. © Kantar Public Alle Rechte vorbehalten

Effektive Massnahmen sollten dann aber «von oben» kommen, zumindest lassen die Ergebnisse der Umfrage diesen Schluss zu. Die Befragten sind eher zurückhaltend damit, ihr eigenes Verhalten zu ändern. Nach griffigen Lösungen befragt, bevorzugten sie technologischen Fortschritt und Innovation gegenüber individuellen und kollektiven Ansätzen. Mehr als drei Viertel würden aber strengere Klimagesetze akzeptieren.

Kein Geld, keine Zeit, und «ich mach doch eh schon so viel»

Knapp die Hälfte sagte, sie sehe keine Notwendigkeit, ihre Gewohnheiten zu ändern. Als Gründe dafür gaben die Befragten ihr bereits bestehendes Engagement, Unsicherheit darüber, was zu tun sei, sowie Ressourcenmangel und fehlende politische Unterstützung an. Drei Fünftel gaben an, dass ihnen für mehr Klimaschutz im Alltag vor allem die finanziellen Mittel fehlen.



Knapp die Hälfte von 9000 Befragten in den westlichen Ländern möchte an ihrem Verhalten nichts ändern. © Daten: Kantar, Grafik: The Guardian

Dazu passt eine Umfrage der Tageszeitungen Baden-Württembergs in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach Ende Oktober. Demnach spricht sich zwar die Mehrheit der Befragten für mehr Klimaschutz aus. Nur ein Viertel der Menschen im deutschen Südwesten ist aber bereit, mehr für Heizen oder Autofahren zu zahlen. 53 Prozent der Bürger lehnen das ausdrücklich ab.

Gemessen an der Wichtigkeit, welche die Teilnehmer der Kantar-Studie der Klimakrise zuordnen, gibt es

erstaunlich viele Skeptiker, Pessimisten und Verdränger. Fast zwei Fünftel (39 Prozent) der Befragten glauben nicht daran, dass ihr Verhalten eine Wirkung haben könnte, 35 Prozent halten eine Bedrohung durch die Erderhitzung für übertrieben, ganze 33 Prozent gaben an, dass sie keine Zeit hätten, sich damit zu beschäftigen.

Deutschland, Land der Klimamuffel

Wie zufrieden die Befragten mit dem Engagement ihrer Regierung sind, spielt dabei keine Rolle. Am ehesten bereit, etwas an ihrem klimaschädlichen Verhalten zu verbessern, waren Befragte in Polen und Singapur, am wenigsten solche in Deutschland und den Niederlanden.

Auf die Frage, welche Massnahmen sie für am wichtigsten halten, nannten die Befragten vorwiegend solche, die es bereits länger gibt oder die öffentlich breit diskutiert werden. So gaben 57 Prozent der Befragten an, Müll zu reduzieren und Recycling zu unterstützen sei «sehr wichtig». Etwa die Hälfte spricht sich für Massnahmen gegen fortschreitende Entwaldung, den Schutz bedrohter Tierarten, energieeffizientes Bauen und den Ersatz fossiler Brennstoffe durch nachhaltige Alternativen aus.

Im eigenen Leben fehlt der Schwung

Je mehr Klimaschutzmassnahmen ins tägliche Leben eingreifen, desto unpopulärer werden sie. Einschränkungen beim persönlichen Energieverbrauch findet nur ein Drittel der Befragten wichtig. Noch ein Viertel spricht sich dafür aus, den öffentlichen Verkehr zu stärken und die Landwirtschaft radikal zu verändern. Wenn es darum geht, weniger zu fliegen, Verbrennungsmotoren abzuschaffen oder den eigenen Fleischkonsum einzuschränken, sinkt die Zustimmung der Befragten auf 22 Prozent (Fliegen) und darunter.

Menschen haben ein enormes Beharrungsvermögen, das ist nicht allzu neu. Es habe Jahrzehnte gedauert, die Verkehrssicherheit zu erhöhen oder den Tabakkonsum in den besonders betroffenen Ländern zu drosseln, kommentiert Emmanuel Rivière, Direktor für internationale Meinungsumfragen und politische Beratung von Kantar, in seiner Auswertung der Daten. Beim Klimawandel habe die Menschheit nicht so viel Zeit, zitiert er den Weltklimarat (IPCC). Für die Regierungen, die der Klimakrise nun begegnen müssen, ist das eine schwierige Ausgangslage.

Wenn Bürger den Eindruck haben, selbst einbezogen zu sein, lässt sich dieses Hindernis unter Umständen ausräumen. Frankreich, wo es grosse Proteste gegen Benzinpreiserhöhungen gab, scheint es geschafft zu

haben. Ein Bürgerrat beschloss dort im Sommer 2020 weitreichende Vorschläge zur Verbesserung des Klimas (Infosperber: «Frankreich: Radikale Vorschläge zum Klimaschutz»). Ein Teil davon wurde von der französischen Regierung inzwischen umgesetzt.

Der Beitrag erschien zuerst auf infosperber

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren